Tagesordnung:

- 1 Zuschussanträge für denkmalpflegerische Maßnahmen:
Information über Zuschussbewilligungen gemäß den geltenden Richtlinien
- 2 Einführung eines Musischen Zweiges am Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg
- 3 Antragsverfahren für den Aufbau gebundener und offener Ganztagszüge
- 4 Trägerschaft der Fachakademie für Sozialpädagogik Aschaffenburg
- 5 Investitionskostenförderung für die Tagespflegeeinrichtungen;
a) Sulzbach, Bahnhofstr./Mühlweg
b) Stadtprozelten, Am Gräulesberg 34
- 6 Ausschreibung eines Wettbewerbs für vorbildliche 'Seniorenpolitische Konzepte der Gemeinden'
- 7 Musterrichtlinien für Seniorenvertretungen im Landkreis Miltenberg
- 8 Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Mitgliedschaft des Landkreises Miltenberg in der Landessenorenvertretung Bayern (LSVB) vom 07.05.2012
- 9 Antrag des Fußballvereins SV Erlenbach 1919 e.V. auf Benutzung des Rasensportplatzes des Hermann-Staudinger-Gymnasiums Erlenbach a.Main
- 10 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

**Zuschussanträge für denkmalpflegerische Maßnahmen:
Information über Zuschussbewilligungen gemäß den geltenden Richtlinien**

Frau Uehlein gab folgende Informationen über Zuschussbewilligungen:

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 19.07.2000 die Verwaltung ermächtigt, künftig im Rahmen der Denkmalpflege in eigener Zuständigkeit zu entscheiden und dem Kreisausschuss jährlich eine Aufstellung über die gewährten Zuschüsse vorzulegen, was hiermit geschieht.

Seit der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 07.07.2011 wurden seitens der Verwaltung folgende Zuschüsse bewilligt:

1. Stadt Amorbach, Kellereigasse 1, 63916 Amorbach
Sanierungsmaßnahmen „Templerhaus“, Bädersweg 3, 63916 Amorbach
(Kostenaufwand: - ca. 90.100,00 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: ca. 38.485,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.2: 2.500,-- €

2. Markt Schneeberg, Amorbacher Str. 1, 63936 Schneeberg
Restaurierung der St. Anna Figur, Hauptstr. 57, 63936 Schneeberg
(Kostenaufwand: 5.377,00 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: 5.377,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.7: 537,00 €
3. Evang. Luth. Kirchengemeinde, Rathausstr. 17, 63963 Eschau
Innen- u. Außensanierung, Rathausstr. 17, 63963 Eschau
(Kostenaufwand: 196.600,00 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: ca. 70.000,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.2: 2.500,00 €
4. Dr. Axel und Anja Schnabel, Hauptstr. 26, 63686 Großwallstadt
Notsicherungsmaßnahmen im Dachbereich, Marktstr. 13, 63839 Kleinwallstadt
(Kostenaufwand: 28.150,00 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: 24.000,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.5: 2.400,00 €
5. Markt Sulzbach, Hauptstr. 35, 63834 Sulzbach
Restaurierung des Bildstockes Abt. Frauenholz Sulzbach
(Kostenaufwand: 1.651,00 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: 1.651,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.7: 165,00 €
6. Heimat- und Verkehrsverein Eisenbach, Raiffeisenstr. 76, 63785 Obernburg
Restaurierung eines Bildstockes, Brückenstr. 4, 63785 Obernburg
(Kostenaufwand: 4.093,00 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: 4.093,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.7: 409,00 €
7. Kath. Kirchenstiftung Kirchzell, Pfarrgasse 1, 63931 Kirchzell
Generalsanierung des Pfarrhauses, Pfarrgasse 1, 63931 Kirchzell
(Kostenaufwand: 516.701,00 €; denkmalpflegerische Mehraufwand: 79.000,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.2: 2.500,00 €
9. Kath. Kirchenstiftung Amorbach, Kirchplatz 3, 63916 Amorbach
Instandsetzung/Sanierung der Friedhofsmauer, Amorsbrunner 1, 63916 Amorbach
(Kostenaufwand: 23.585,00 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: 19.420,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.4: 1.200,00 €
10. Kath. Kirchenstiftung Dornau, Jahnstr. 22, 63834 Sulzbach
Instandsetzung/Sanierung der Kirchtürme, Dorfstr. 12, 63834 Sulzbach
(Kostenaufwand: 58.806,00 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand 29.000,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.5: 2.500,00 €
11. Stadt Amorbach, Kellereigasse 1, 63916 Amorbach
Fassadensanierung am „Alten Rathaus“, Marktplatz 1, 63916 Amorbach
(Kostenaufwand: 2.653,00 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand 2.653,00 €)
Zuschuss gemäß Richtl. I.2: 265,00 €

Landrat Schwing ergänzte, im Jahr 2008 habe man die Förderung erweitert, allerdings ohne nachhaltigen Effekt. Natürlich sei es schwierig, solche Objekte als Privatperson zu erhalten. Sie seien aber sinnvoll und kämen dem Tourismus zugute. Jeder erfreue sich an diesen Gebäuden. Daher sei es wichtig, dies nicht nach unten zu korrigieren.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales nahm Kenntnis von der unter Ziffern 1 bis 11 aufgeführten Zuschussbewilligungen.

Tagesordnungspunkt 2:

Einführung eines Musischen Zweiges am Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg

Oberregierungsrat Feil erläuterte:

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat am 19. März 2012 die Genehmigung erteilt, dass das Johannes-Butzbach-Gymnasium ab dem Schuljahr 2012/13 beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 auch die Ausbildungsrichtung „Musisches Gymnasium“ anbietet. Es haben sich für die Jahrgangsstufe 5 im nächsten Schuljahr insgesamt 84 Schüler angemeldet. Davon haben sich 16 Schüler für die Ausbildungsrichtung „Musisches Gymnasium“ entschieden.

Gegenwärtig finden Gespräche und Bewerbungen mit den jeweiligen, auch externen Musiklehrer für die von den Schülern gewählten Instrumenten statt. Hierzu hat die Schule auch die örtlichen Musikschulen und Vereine kontaktiert. Des Weiteren laufen die Planungen der Umbauarbeiten für die vier Übungsräume. Diese Arbeiten umfassen Decken, Böden, Fenster und Türen. Ein wesentlicher Aspekt hierbei ist auch die Gewährleistung des Schallschutzes, um die Funktionalität der Übungsräume zu gewährleisten. Eine wesentliche Vorgabe ist hierbei die Kostenobergrenze von 30.000 Euro. Auch führte die Einrichtung nicht zu höheren Haushaltsansätzen.

Damit ist die Maßgabe des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales vom 24.10.2011, dem JBG aufzugeben,

- die Zusammenarbeit mit den Vereinen sicher zu stellen,
- die bisherigen Haushaltsmittel nicht erhöht werden und
- die Einrichtung unter Beachtung der Schaffung von den vier Übungsräumen im aktuellen Bestand erfolgt (max. 30.000,- Euro), eingehalten.

Landrat Schwing fügte hinzu, es sei wichtig, diese Bedingungen auch einzuhalten. Gerade in Bezug auf das beschlossene Schulbauprogramm sei es wichtig, nicht mehr Geld auszugeben, als tatsächlich sein müsse.

Kreisrätin Fichtl lobte die Festschreibung auf 30.000,- Euro, insbesondere als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, und dankte hier auch den Schulleitungen.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Linduschka betätigte Oberregierungsrat Feil die Zahl der Anmeldungen in Höhe von 84 und ca. 20 % für den musischen Zweig. Er halte dies für wenig.

Landrat Schwing erklärte, der Schulleiter Herr Förtig habe aber bereits damals begründet, dass der musische Zweig zwar attraktiver machen, aber nicht automatisch mehr Schüler bedeute.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 3:

Antragsverfahren für den Aufbau gebundener und offener Ganztagszüge

Oberregierungsrat Feil erläuterte den Sachverhalt und den vorgelegten Beschluss:

Schuljahr 2011/12:

Der flächendeckende und bedarfsorientierte Ausbau gebundener und offener Ganztagschulen schreitet voran. Im Schuljahr 2011/12 gab es an Schulen des Landkreises 10 Gruppen

der offenen Ganztagschule und an der Heinrich-Ernst-Stötzner-Schule sowie am Hermann-Staudinger-Gymnasium jeweils einen gebundenen Ganztagszug.

Weiterentwicklung im Schuljahr 2011/12:

1. Im Oktober 2011 teilte das Julius-Echter-Gymnasium mit, dass es für das kommende Schuljahr auch einen gebundenen Ganztagszug anbieten möchte. Ende Februar 2012 wurde durch die Schule angefragt, ob das Antragsverfahren mit Fristende 16.März 2012 noch durchgeführt werden könnte. Die schulischen Voraussetzungen und Beteiligungen der Schüler- Eltern- und Lehrerschaft seien erfolgt. Um die Einführung für das Schuljahr 2012/13 noch zu ermöglichen, wurde kurzfristig ein entsprechender Antrag mit Schreiben vom 07.März 2012 gestellt. Der Landkreis Miltenberg hat die Genehmigung zur Errichtung eines gebundenen Ganztagszuges am Julius-Echter-Gymnasium am 11. Mai 2012 erhalten. Aktuell liegen 20 feste Anmeldungen zuzüglich weiterer drei Anmeldungen von Kindern, die den Probeunterricht besuchen, vor.

2. Das jährliche Antragsverfahren für die Einrichtung der Gruppen im Rahmen der offenen Ganztagschule ist angelaufen und die Anträge sind fristgerecht zum 10. Juni 2012 gestellt. Problematisch gestaltet sich hierbei immer die sehr enge Zeitspanne zwischen verbindlicher Anmeldung an der Schule (bis Ende Mai) und der Antragstellung bei der Regierung von Unterfranken unter Einschaltung der Ministerialdienststelle. Dies macht eine Behandlung der aktuellen Anträge im Ausschuss faktisch unmöglich. Für das kommende Schuljahr sind insgesamt elf Gruppen beantragt. (Johannes-Butzbach-Gymnasium:1 Gruppe, Hermann-Staudinger-Gymnasium:2 Gruppen, Julius-Echter-Gymnasium:1 Gruppe, Johannes-Hartung-Realschule:3 Gruppen; Staatl. Realschule Elsenfeld:3 Gruppen, Heinrich-Ernst-Stötzner-Schule:1 Gruppe)

Gebundene Ganztagsklassen sind in den Jahrgangsstufe 5 und 6 am Hermann-Staudinger-Gymnasium und je eine Klasse am Julius-Echter-Gymnasium und an der Heinrich-Ernst-Stötzner-Schule eingerichtet (insgesamt 4 Klassen).

Landrat Schwing ergänzte, die Beträge hier seien momentan durchaus verkraftbar und es handele sich um ein ordentliches und bedarfsgerechtes Angebot.

Kreisrat Dr. Linduschka äußerte seine Zustimmung. Er halte die Vorgehensweise für sehr sinnvoll, zuerst den Bedarf zu ermitteln. Im Umkehrschluss dürfte man aber nicht den Fehler machen, bei erfolgtem Bedarf restriktiv zu sein, dies wäre ein schwerer Fehler. Begründeter Bedarf müsse auch erfüllt werden.

Kreisrätin Follner äußerte für die Fraktion der SPD ebenfalls ihre Unterstützung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales fasste einstimmig den

Beschluss:

- 1. Der Landkreis Miltenberg fördert und unterstützt die Schulen in seiner Sachaufwandsträgerschaft bei der Einführung gebundener und offener Ganztagschulen.**
- 2. Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.**
- 3. Die Verwaltung wird ermächtigt, Anträge auf Einrichtung/Ausbau gebundener und offener Ganztagschulen zu stellen.**

Tagesordnungspunkt 4:

Trägerschaft der Fachakademie für Sozialpädagogik Aschaffenburg

Verwaltungsrat Rüth erläuterte die Beschlussvorlage:

In der Sitzung des Kreisausschusses vom 12. Dezember 2011 wurde berichtet, dass der Landkreis Aschaffenburg beabsichtigt, die Trägerschaft für die Fachakademie für Sozialpädagogik aufzugeben und an einen privaten Träger zu übergeben. Mehrheitlich wurde vom Kreisausschuss beschlossen, dass bei einem Trägerwechsel zu Caritas Schulen gGmbH oder einem anderen privaten Träger sich der Landkreis Miltenberg an dem ungedeckten Sachaufwand des privaten Trägers beteiligt und zwar in Höhe von Modell 3. Dies entspricht etwa € 1.120,00 pro Studierenden. Des Weiteren ist der Landkreis Miltenberg bereit, in einem vorgesehenen Fachakademie-Beirat mitzuwirken.

Inzwischen hat der Landrat des Landkreises Aschaffenburg Dr. Ulrich Reuter mitgeteilt, dass der Kreistag Aschaffenburg am 21. Mai 2012 beschlossen hat, die bisher vom Landkreis Aschaffenburg als kommunale Schule geführte Fachakademie für Sozialpädagogik in Aschaffenburg mit Beginn des Schuljahres 2012/2013 in der Trägerschaft der Caritas Schulen gGmbH weiterführen zu lassen. Diese wird die Fachakademie als staatlich anerkannte Schule nahtlos im bisherigen Umfang weiterführen.

Ab dem Schuljahr 2013/2014 ist voraussichtlich eine Erweiterung des Ausbildungsangebotes auf volle Dreizügigkeit geplant. Bisher wird die Fachakademie im Wechsel zwei- und dreizügig geführt. Mit der Erhöhung der Ausbildungskapazität soll dem gestiegenen Bedarf an Erziehern in der Region Bayer. Untermain Rechnung getragen werden.

Finanzierung und Förderung

Obwohl die Caritas Schulen gGmbH als privater Träger einen pauschalen staatlichen Betriebskostenzuschuss von 100% erhält, können nach Berechnungen der Landkreisverwaltung in Aschaffenburg und der Caritas Schulen gGmbH damit die Kosten des derzeitigen Lehrpersonals, des Sachaufwandes für den Schulbetrieb sowie die anfallenden Gebäudekosten einschließlich aller Nebenkosten nicht vollständig gedeckt werden. Die Caritas-Schulen gGmbH macht deshalb eine Übernahme der Trägerschaft davon abhängig, dass der ungedeckte Personal- und Sachaufwand von jährlich ca. € 360.000,00 (nach Abzug von ca. € 130.000,00 staatlichem Schulgeldersatz) im Rahmen eines Finanzierungsvertrages von kommunaler Seite in Form von kommunalem Schulgeldersatz sowie eines Betriebskostenzuschusses seitens des Landkreises Aschaffenburg ausgeglichen wird.

Der Landkreis Aschaffenburg wird einen kommunalen Betriebskostenzuschuss gewähren, der aber aus förderrechtlichen Gründen nur knapp die Hälfte des nicht durch staatliche Zuschüsse gedeckten Betriebsdefizits abdecken darf. Für das verbleibende Defizit müsste der private Träger Schulgeld von den Studierenden erheben. Der Landkreis Aschaffenburg hat festgelegt, für die Studierenden aus seinem eigenen Bereich Schulgeldzahlungen zu ersparen. Dafür gewährt der Landkreis Aschaffenburg einen kommunalen Schulgeldersatz an die Caritas Schulen gGmbH.

Durch den Trägerwechsel entfallen für den Landkreis Miltenberg künftig die bisher an den Landkreis Aschaffenburg als kommunalen Schulträger zu zahlenden Gastschulbeiträge. Diese eingesparten Mittel können vom Landkreis Miltenberg als kommunaler Schulgeldersatz an die Studierenden bzw. Schüler aus dem Landkreis Miltenberg weitergereicht werden. Damit wären diese von Schulgeldzahlungen freigestellt. Allerdings müssen die weiteren Details mit allen Beteiligten noch erörtert werden. Über das Ergebnis wird wieder im Ausschuss berichtet.

Weitere Eckpunkte des Trägerwechsels:

Zwischen dem Landkreis Aschaffenburg und der Caritas Schulen gGmbH wurden daneben weitere Eckpunkte festgelegt:

- Übernahme des vollständigen Personals, insbesondere der Schulleitung
- Garantie des freien Zugangs für Studierende unter Auswahl durch die Schulleitung wie seither üblich
- Bildung eines kommunalen Beirats unter Einbindung der mitfinanzierenden Kommunen

Kreisrätin Weitz meldete sich zu Wort, die Fraktion der SPD werde hier nicht zustimmen. Sie sei auch schon gegen die Übernahme der Caritas gewesen, auch wenn man keinen Einfluss darauf habe. Wenn kommunale Träger nur zu 65%, private Träger aber zu 100% bezuschusst werden, dann halte sie dies für Wettbewerbsverzerrung. Hier müsse auf staatlicher Ebene eine Änderung herbeigeführt werden.

Weiterhin gehe es der Fraktion auch um die weltoffene Ausrichtung der Schule. Die Caritas habe gewisse Dinge in der Vergangenheit herbeigeführt, z. B. wird bei neuem Lehrpersonal darauf geachtet, welcher Religion diese beispielsweise angehören. Dies habe aber mit der Qualifikation überhaupt nichts zu tun.

Eine Frage sei auch, warum die Caritas so scharf darauf sei, diese Einrichtung zu übernehmen. Natürlich nur, weil sämtliches Risiko von ihr genommen werde. Dies sei auch nicht in Ordnung, wenn ein kommunaler Träger dies nicht könne.

Landrat Schwing entgegnete, die SPD-Fraktion habe beim Grundsatzbeschluss im Kreisausschuss nicht dagegen gestimmt. Die einzige Gegenstimme dort sei von Kreisrat Dr. Fahn gewesen. Jeder Kreisrat habe die Möglichkeit, die Beschlüsse aller Gremien über das Kreistagsinformationssystem nachzuvollziehen.

Weiterhin sei klar, warum die Caritas an der Übernahme der Einrichtung ein Interesse habe: Die Caritas habe den größten Bedarf an Absolventen und die meisten Kindergärten. Das gleiche Beispiel habe man vor Jahren mit der Krankenpflegeschule und der Übergabe an das Rote Kreuz gehabt.

Dies sei richtig und legitim, schließlich sei man froh, dass hier in der Region ausgebildet werde und nicht irgendwo anders.

Natürlich habe sie recht in Bezug auf die Unterscheidung bei der Förderung von öffentlicher und privater Träger. Dies sei aber in Bayern so und der Landkreis könne nichts dafür, dies müsse man auf anderer Ebene diskutieren und hier hätten auch die Parteien ihre Möglichkeiten etwas einzubringen.

Der Kreisausschuss habe mit großer Mehrheit beschlossen und nun habe man als Verwaltung das Zugesagte auch zu vollziehen. Er würde es nur bedauern, wenn sich die SPD-Fraktion hier zurückziehe. Wenn der Landkreis Aschaffenburg die Fachakademie behalten hätte, hätte man genauso viel bezahlen müssen, also habe es keine Alternative gegeben. Man zahle nicht mehr und nicht weniger. Dies diene der Region und entlaste die eigenen Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Miltenberg.

Kreisrat Schötterl halte auch eine Grundsatzdiskussion für sinnlos, hier sei ein abgegrenzter Fall zu entscheiden. Man müsse auch froh sein, wenn man gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher hier in der Region bekomme und diesen auch ortsnah eine gute Ausbildung ermöglichen könne.

Auf seine Rückfrage antwortete Landrat Schwing, ein Zusatz im Beschluss entsprechend dem Grundsatzbeschluss vom 12.12.2011 sei möglich, aber nicht nötig, denn man schließe einen Vertrag mit der Caritas ab, der auch möglichst einheitlich und gleichlautend mit Stadt und Landkreis Aschaffenburg sein sollte.

Kreisrätin Weitz stellte klar, der Beschluss aus dem Kreisausschuss habe sich nur auf den Wechsel der Trägerschaft bezogen, aber nicht auf die vertraglichen Vereinbarungen. Die Fraktion der SPD spreche sich gegen die vertraglichen Vereinbarungen aus.

Landrat Schwing entgegnete, er habe ausdrücklich gesagt, dass die Übergabe nicht im Ermessen des Landkreises liege, dies war ausschließlich Sache des Landkreises Aschaffenburg. Es sei nur darum gegangen, ob man in Höhe der Gastschulbeiträge zahle, oder sogar über die Gastschulbeiträge hinaus, wenn die Trägerschaft beim Landkreis Aschaffenburg bleibe, und ob man in einem Beirat mitwirken wolle.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärte, die Fraktion der FDP werde vollständig zustimmen, ganz im Gegensatz zu der FDP in Stadt und Landkreis Aschaffenburg. Die drei festgelegten Eckpunkte seien das Optimum des Erreichbaren. Man dürfte auch nicht vergessen, dass es einen kommunalen Beirat unter Einbeziehung der mitfinanzierenden Kommunen gebe. Dieser sei auch nicht zu vergleichen mit dem Krankenhausbeirat.

Zum den genannten 100% Betriebskostenzuschuss fragte er, warum hier noch jährlich ein Defizit von 360.000 Euro anfalle. Warum bestehe hier dennoch Zuschussbedarf und wie viel Prozent der Gesamtkosten sind dies?

Landrat Schwing antwortete, dieselbe Situation habe man in anderen Bereichen auch: 100% Personalkosten seien Durchschnittswerte. Dies sei ganz wesentlich. Er erinnerte daran, dass man der erste Landkreis in Unterfranken gewesen sei, der vor vielen Jahren bereits beschlossen habe, unsere Schulen in privater Trägerschaft (z. B. Lebenshilfe) mit 110,- Euro zu bezuschussen. Als Beispiel nannte er auch die Schulbauten: Wenn man 40% Zuschuss zugesagt bekomme, dann beziehe sich das nur auf die förderfähigen Kosten und tatsächlich sei es somit weniger, da bestimmte Dinge nicht gefördert werden. Bei Schulen sei dies genauso, da summieren sich andere Bereiche, die nicht gefördert werden. Daraus ergeben sich Differenzen.

Kreisrat Dr. Linduschka antwortete, es fände dies toll, genau das wolle man doch. Die Mehrkosten seien somit positiv, da hier über den Mindestbedarf gefördert werde zugunsten unserer Schülerinnen und Schüler.

Landrat Schwing fügte hinzu, jeder kenne die Caritas und man sei dankbar, dass es sie gebe, weil sie so aktiv in vielen Bereichen sei (z. B. Senioren, Altenpflege, Sozialstationen, Kindergarten). Wie hier nun aber teilweise über die Caritas geredet, Ängste geschürt und Vorbehalte geäußert werden, die kein Mensch belegen könne, finde er nicht gut. Man demotiviere die Menschen damit. Bei der Caritas arbeiten so viele gute und hochqualifizierte Menschen, denen man damit nicht gerecht werde. Dies ärgere ihn und er dankte Kreisrat Dr. Linduschka für seinen Einsatz bei der Diskussion mit Main-Echo-Lesern im Landratsamt.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte seine Gegenstimme beim letzten Mal. Es seien für ihn noch Fragen offen, die er nun nochmals stelle. Er fragte, um wie viele Schüler es gehe und warum man nicht prozentual zahle. Weiterhin könne die Caritas bei Neueinstellungen frei entscheiden.

Landrat Schwing antwortete ihm, bei den Gastschulbeiträgen handele es sich immer um Pauschalen. Man könne nicht das Defizit durch die Schülerzahl teilen. Die Schülerzahl kann variieren, die Kosten ebenfalls.

Verwaltungsrat Rütth ergänzte, die Zahl der Schüler habe bisher zwischen 30 und 45 gelegen (Jahr 2009: 30, im Jahr 2006: 45, um nur die jeweils niedrigste und höchste Zahl zu nennen).

Kreisrat Köhler wollte die Notwendigkeit des Beschlusses einmal aus einem anderen Blickwinkel beleuchten. Er sei in der Vorstandschaft des Trägervereins eines Kindergartens und

seit Monaten händeringend auf der Suche nach Personalkräften. Im Gegensatz zu früher sei dies sehr schwierig und die Personalsituation werde sich in den nächsten Jahren nicht verbessern. Gerade aus diesem Grunde sollte man alles tun und dazu beitragen, damit regional eine solche Fachakademie angesiedelt werden könne.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales fasste mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Für die im Landkreis Miltenberg wohnenden Schüler und Studierenden der Fachakademie für Sozialpädagogik Aschaffenburg gewährt der Landkreis Miltenberg einen kommunalen Schulgeldersatz. Zahlungsempfänger ist die Caritas Schulen gGmbH. Die Zahlung erfolgt mit der Maßgabe, dass Schüler und Studierende aus dem Landkreis Miltenberg kein Schulgeld bezahlen müssen.**
- 2. Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, eine entsprechende vertragliche Regelung mit der Caritas Schulen gGmbH zu vereinbaren.**

Tagesordnungspunkt 5:

Investitionskostenförderung für die Tagespflegeeinrichtungen;

a) Sulzbach, Bahnhofstr./Mühlweg

b) Stadtprozelten, Am Gräulesberg 34

Anlage zu a):
Vertragsentwurf Sulzbach

Verwaltungsamtsrat Vill erläuterte den Sachverhalt:

a) Im „Seniorenpolitischen Gesamtkonzept“ 2009, S. 145, wird zum Bedarf an Tagespflegeplätzen im Landkreis festgestellt, dass die vorhandene Kapazität zwar den rechnerischen Bedarf im Landkreis bei Weitem deckt. (Gegenwärtig gibt es im Landkreis 137 Tagespflegeplätze (*Tabelle auflegen*), für das Jahr 2012 wurde ein Bedarf von 71 Plätzen festgelegt.) Weiter wird im „Seniorenpolitischen Gesamtkonzept“ aber ausgesagt: *„Da anders als bei der vollstationären Pflege bei der Tagespflege die räumliche Nähe zur Wohnung eine besonders wichtige Rolle spielt, können sich schon jetzt örtliche Bedarfe darstellen, obwohl die Gesamtzahl aller Tagespflegeplätze den Bedarf im Landkreis eigentlich decken würde. So sollte vor allem darauf geachtet werden, dass im Bereich nördlich von Obernburg noch entsprechende Angebote geschaffen werden.“*

Gegenwärtig findet sukzessive der Bezug der Immobilie „Sorglos Wohnen“ in der Sulzbacher Ortsmitte, Ecke Bahnhofstr./Mühlweg statt. Die Fa. Dreger hat dort einen Neubau mit Geschäften und 21 barrierefreien Wohnungen erstellt. Dort werden auch vom Kreiscaritasverband Räumlichkeiten angemietet für eine Tagespflegeeinrichtung mit voraussichtlich 20 Plätzen (Träger: Franziskus gGmbH). Die Eröffnung ist im Herbst 2012 geplant. Im gleichen Haus will Caritas daneben auch noch einen ambulanten Pflegedienst unterbringen. Mit Schreiben vom 29.12.2009 hatte der Kreiscaritasverband Investitionskostenförderung für die Tagespflegestätte beantragt.

Es solle eine Investition von ca. 100.000 € für die Tagespflege erfolgen, vor allem für Inneneinrichtung, Büroausstattung, Beleuchtung sowie Tapezier- und Malerarbeiten. Für solche

Fälle ist in den zum Zeitpunkt der Antragstellung maßgeblichen Förderrichtlinien ein Förderatz für Inneneinrichtung (= „*Schaffung von teilstationären Pflegeplätzen (...) durch alleinige Erstaussstattung der Inneneinrichtung*“) von bis zu 510 € je Platz vorgesehen.

Rechnerisch entspricht die geplante Platzzahl von 20 Tagespflegeplätzen etwa dem nach Einwohnerzahlen hochgerechneten Anteil alleine der unmittelbar umliegenden Gemeinden am prognostizierten Bedarf für den Gesamtlandkreis.

Mit der Förderung und Inbetriebnahme dieser Tagespflegestätte in Sulzbach wird also der augenblicklich letzte noch offene Tagespflegebedarf im Landkreis abgedeckt, nämlich der seitherige „weiße Fleck“ nördlich von Obernburg.

Die Bewilligung erfolgt nach den maßgeblichen Richtlinien in Form eines zins- und tilgungsfreien Darlehens, welches nach Ablauf der dreißigjährigen Zweckbindung bei zweckentsprechender Mittelverwendung erlassen wird.

Kreisrätin Weitz hinterfragte, ob der Bedarf in Sulzbach auch tatsächlich gesichert sei.

Verwaltungsamtsrat Vill antwortete, man werde beim nächsten Punkt sehen, dass man mit der damaligen Einschätzung ziemlich gut gelegen habe. Der Bedarf sei außerdem im Seniorenpolitischen Gesamtkonzept festgestellt worden. Der Bedarf sei fachlich begründet und durch den Kreistag beschlossen worden, insoweit bestehe auch ein Anspruch der Caritas.

Landrat Schwing fügte hinzu, ein Träger baue auch nicht zum Selbstzweck, sondern das Angebot müsse sich ja tragen. Außerdem sei ein Anspruch vorhanden. Man habe bereits einen Prozess deswegen verloren, wo man nachzahlen musste. Auch ein Controlling nutze hier nichts.

Verwaltungsamtsrat Vill fügte hinzu, die Caritas müsse anteilig zurückzahlen, sofern die Einrichtung vor Ablauf der 30jährigen Bindungsfrist aufgelöst werde und nicht mehr als Tagespflegeeinrichtung genutzt werde.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärte, er sei der Ansicht, die Verwaltung habe mit den Grundgedanken recht. Aber man liege ja jetzt schon mit 100 % über dem errechneten Bedarf. Man unterstütze nun 20 Plätze in Sulzbach, habe allein in Obernburg 33 Plätze – dies komme ihm auch bedenklich vor. Aber dies gehe den Kreis nichts an und der Landkreis trage kein Risiko. Wohnortnah sei schön, aber nicht unproblematisch.

Landrat Schwing antwortete, er habe auf der einen Seite recht, auf der anderen aber handle es sich natürlich auch um Statistik. Die meisten der Häuser seien Pflegeheime.

Verwaltungsamtsrat Vill erläuterte weiter:

b) Die Seniorentagespflegeeinrichtung in Stadtprozelten, Am Gräulesberg 34 (ebenfalls Träger: Franziskus gGmbH), mit 15 Pflegeplätzen ist seit 01.08.2008 in Betrieb.

Vorangegangen war eine Feststellung im Pflegebedarfsplan 2002, der für den Südspessart einen lokalen Bedarf von damals 6 Tagespflegeplätzen festgestellt hatte, ebenfalls mit der Begründung der besonderen Bedeutung der Wohnortnähe bei der Tagespflege, obwohl auch damals der rechnerische Gesamtbedarf für den Landkreis bereits gedeckt war.

Die als notwendig anerkannten 6 Plätze wurden daher mit Bescheid vom 08.12.2006 in Höhe von $6 \times 4.912 \text{ €} = 29.472 \text{ €}$ gefördert (Bericht im Kreisausschuss am 14.12.2006). Der Förderbetrag pro Platz lag höher, weil wegen erheblicher Umbaukosten die Maßnahme als Umbau einzustufen war.

Im März 2012 teilte der Kreiscaritasverband nunmehr mit, dass er den Betrieb der Tagespflege in Stadtprozelten etwa in der zweiten Jahreshälfte als Träger aufgeben wolle. Die 15 Plätze seien mitunter zu weniger als 2/3 ausgelastet gewesen, wodurch regelmäßiges wirtschaftliches Defizit entstanden sei. An einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösung sei man aber interessiert. Insbesondere sei man gerne bereit, einen Folgeträger im Rahmen der Möglichkeiten zu unterstützen.

Die Entwicklung zeigt, dass die im Pflegebedarfsplan 2002 berechnete Einschätzung des Bedarfs nicht abwegig war. Problematisch ist aber nach wie vor der Umstand, dass eine solitäre Tagespflegeeinrichtung erst ab einer gewissen Größe und entsprechender Inanspruchnahme wirtschaftlich betrieben werden kann. Eine Einrichtung nur mit den 2002 festgestellten 6 Plätzen zu betreiben, wäre nicht möglich gewesen. Andererseits ist auch für den Südspeessart ein gewisser Bedarf wie auch eine regelmäßige Nachfrage nach Tagespflege ohne Zweifel vorhanden. Trotz prognostisch rückläufiger Gesamteinwohnerzahlen im Südspeessart wird sich dort laut der Bevölkerungsprognose aus 2008 die Zahl der 80-jährigen und älteren Menschen tendenziell noch einige Jahre erhöhen und dann vergleichsweise konstant halten:

<i>Su. Altenbuch, Collenberg, Dorfprozelten, Stadtprozelten, Faulbach</i>	2008	2011	2018	2028
Gesamteinwohner		9.863	9.404	8.833
80-jährige und ältere Menschen	359		683	649

Aus diesem Grund wäre ein Erhalt der Einrichtung aus Landkreissicht im Sinne der Pflegebedarfsplanung sehr erstrebenswert. Auch die Stadt Stadtprozelten hat hieran Interesse, ebenso die Eigentümerin und Vermieterin der Immobilie, die ihr „Haus Gräulesberg“ konzeptionell als Mehrgenerationenprojekt versteht. In dieser Anlage werden gleichermaßen Wohnungen für junge Familien wie auch Seniorinnen und Senioren angeboten, die sich gegenseitig im Bedarfsfall unterstützen sollen.

Sofern kein Wohlfahrtsverband bereit ist, die Nachfolge des Kreiscaritasverbandes anzutreten, wird gegenwärtig in Erwägung gezogen, einen Förder- und Trägerverein zu gründen, der sich womöglich für Teilbereiche des Betriebs die Fachlichkeit von einem Wohlfahrtsverband hinzukaufen könnte.

Auch die 2006 bewilligte Investitionskostenförderung von 29.472 € wurde als Darlehen bewilligt, welches nach Ablauf der 30-jährigen Bindungsfrist erlassen worden, bei zweckfremder Verwendung jedoch (anteilig) zurückzuzahlen wäre. Nach nunmehr ca. 4-jährigem Betrieb sind somit also ca. 26.000 € grundsätzlich vom Kreiscaritasverband an den Landkreis zurückzuzahlen.

Sofern jedoch ein geeigneter Nachfolgeträger gefunden würde, der die Einrichtung weiter betreibt, wäre es sachgerecht, diesem als Rechtsnachfolger des Kreiscaritasverbandes bei entsprechender Einigung aller Beteiligten die bewilligten anteiligen Fördermittel in geeigneter Form gutzubringen.

Dies sollte dann möglichst durch direkte Weitergabe der Fördermittel erfolgen, was ganz oder teilweise womöglich auch durch die Überlassung vorhandener Sachgüter vorstellbar wäre.

Gleichzeitig müsste der Rechtsnachfolger sich aber verpflichten, auch die Rückzahlungspflicht aus dem Darlehensschuldverhältnis bei einer erneuten Betriebseinstellung vor Ablauf der Bindungsfrist in entsprechender Weise zu übernehmen.

Landrat Schwing fügte hinzu, unser Ziel sei es, die Einrichtung zu erhalten. Am einfachsten sei dies mit der Überleitung der Förderungen an einen neuen Träger. Es wäre schade, wenn es eingestellt werden müsste, denn es solle doch den Menschen zugute kommen.

Kreisrätin Kappes unterstütze die vorherigen Aussagen und stellte die Präsenz und die Wichtigkeit dieser Einrichtung im Südspeessart klar und die Chance dieser, auch auf eine an-

dere Weise fortzubestehen. Es sei klar, dass der Bedarf vorhanden sei. Daher sei es unumgänglich und sozusagen moralische Verpflichtung der Südspessartgemeinden hier Unterstützung zu leisten. Mit den anderen Bürgermeister habe sie sich bereits besprochen, auch diese werden den neu zu gründenden Verein unterstützen. Ein Stamm von zehn bis 12 Personen sei auch vorhanden, die die Einrichtung besuchen. Aber man müsse auch akzeptieren, dass sich die Caritas zurückziehe. Sie habe sich aber kooperativ gezeigt, nicht auf einen festen Schließungstermin bestanden und einen nahtlosen Übergang unterstützt. Sie bat daher um Zustimmung der von der Verwaltung vorgelegten Vorschläge.

Kreisrätin Fichtl stimmte ihr zu, der Bedarf sei vorhanden, aber die Zukunft insbesondere im Hinblick auf die Annahme werde sich erweisen. Es sei noch nicht überall in der Bevölkerung angenommen, es gebe viele, die dorthin könnten. Sie hob auch lobend für den Landkreis Miltenberg heraus, wie unbürokratisch die Überleitung erfolgen könnte, sofern der Beschluss in dieser Form gefasst würde. Sie halte es für eine segensreiche Einrichtung auch für die Zukunft, die sich sicherlich tragen werde.

Kreisrat Dr. Linduschka unterstützte dies ebenfalls, in diesem Bereich sei etwa 3% der Bevölkerung über 80 Jahre, in zehn Jahren werden dies bereits 9% sein, also deutlich mehr. Man sollte einem Verein mit privater Trägerschaft nicht noch zusätzliche Belastungen schaffen, es sei für sie sowieso schon einiges zu schultern. Daher sei es ein schönes Zeichen des Landkreises, wenn man hier die Unterstützung übernehme.

Kreisrätin Follner äußerte sich ebenfalls positiv, die Einrichtung sei eine tolle Sache und sie werde dies unterstützen.

Kreisrätin Weitz erklärte, sie halte Aufklärungsbedarf in der Bevölkerung für notwendig und regte daher Publikationen an.

Kreisrätin Kappes stimmte ihr zu, diese Information müsse erfolgen, gerade im Hinblick auf die Kostenübernahme der Pflegekassen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales fasste einstimmig den

Beschluss:

- a) **Dem Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrags über die Gewährung einer Investitionskostenförderung für die Seniorentagespflegeeinrichtung der Franziskus gGmbH Miltenberg in Sulzbach, Bahnhofstr./Mühlweg, wird zugestimmt.**
- b) **Die Verwaltung wird ermächtigt, die Rechtsnachfolge eines geeigneten etwaigen Nachfolgeträgers für die Seniorentagespflegeeinrichtung in Stadtprozelten, Am Gräulesberg 34, hinsichtlich der mit Bescheid vom 08.12.2006 gewährten Investitionskostenförderung zu gestatten.**

Tagesordnungspunkt 6:

Ausschreibung eines Wettbewerbs für vorbildliche 'Seniorenpolitische Konzepte der Gemeinden'

Verwaltungsamtsrat Vill erläuterte die Ausschreibung eines Wettbewerbs:

Im Mai 2010 hatte der Kreistag das „Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Miltenberg“ verabschiedet. Wie die Seniorenfachkraft des Landkreises, Frau Nadja Schillikowski, in der Bildungsausschusssitzung am 24.10.2011 bereits berichten konnte, sind zahlreiche der darin aufgeführten Handlungsempfehlungen in Landkreiszuständigkeit bereits umgesetzt oder zumindest in Bearbeitung.

Aber auch in den Landkreisgemeinden wurde das Thema gut aufgenommen und wird vielfach sehr engagiert diskutiert, fortgeführt und ausgebaut.

Dies ist sehr erfreulich, denn von Anfang an war bei der Erstellung des Landkreiskonzeptes klar gewesen: Der Landkreis kann den Rahmen für gute Bedingungen der hier lebenden Seniorinnen und Senioren schaffen. Entscheidend ist am Ende aber, wie die Umsetzung an der Basis - auf der Ebene der Städte, Märkte und Gemeinden - erfolgt.

Aus diesem Grund erfolgte mit Gemeinderundschreiben vom 28.02.2012 eine Ausschreibung „Seniorenpolitische Konzepte der Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis Miltenberg“.

Darin wurden die Landkreisgemeinden aufgefordert, ein individuelles „Seniorenpolitisches Konzept“ ausschließlich für den Bereich der jeweiligen Kommune zu entwickeln und zu formulieren.

Der Abgabetermin wurde bewusst langfristig, nämlich bis 31. Mai 2013 gesetzt, damit auch den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, ihr Konzept sorgfältig und unter möglichst breiter Beteiligung zu erstellen, d.h. möglichst unter Einbindung der örtlichen Fachleute, der im Seniorenbereich engagierten Personen und letztlich auch der Senioren selbst.

Als Preisgeld soll ein Teil des im November 2010 vom Bayerischen Sozialministerium erhaltenen Förderpreises für die drei besten Gemeindekonzepte weitergegeben werden:

1. Preis: 2.500 €
2. Preis: 1.500 €
3. Preis: 1.000 €

Die Bekanntgabe der Sieger mit Preisverleihung würde dann in der zweiten Jahreshälfte 2013 erfolgen.

Die Bewertung der eingereichten Konzepte soll u.a. nach folgenden Kriterien erfolgen:

- Orientierung am „Seniorenpolitischen Gesamtkonzept“ des Landkreises
- Konzeptionierung in möglichst vielen Handlungsfeldern (dies muss nicht zwangsläufig in allen Bereichen Handlungsbedarf bedeuten, wenn begründet festgestellt wird, dass die Gemeinde hier auf gutem Weg ist)
- Berücksichtigung der Empfehlungen des Bayerischen Sozialministeriums (siehe Broschüre „Kommunale Seniorenpolitik“), vor allem auch Einbindung von Bürgerschaft und örtlichen Fachleuten
- Einbindung der örtlichen Seniorenvertretung
- Sonstige Aspekte (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Miteinander von Jung und Alt, interkommunale Zusammenarbeit, Nachhaltigkeit)

Das Konzept sollte möglichst nicht mehr als etwa 10 Textseiten umfassen.

Die Seniorenbeauftragten wurden mit einer Kopie des Gemeinderundschreibens über die Ausschreibung informiert, in der Frühjahrsausgabe von Blickpunkt MIL wurde ebenfalls darüber berichtet. Eine Information enthält schließlich auch die Internetseite des Landratsamtes.

Kreisrat Dr. Fahn sagte, er habe auch bei dem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept mitgearbeitet und halte dies für sehr gut. Besonders wichtig sei ihm aber, dass der generationenübergreifende Aspekt ebenfalls mit einbezogen werde. Man müsse Jung und Alt zusammenbringen.

Landrat Schwing erklärte, man sei bereits liberal.

Verwaltungsamtsrat Vill stimmte zu, Kreisrat Dr. Fahn renne offene Türen ein, denn wenn er z. B. auf der Internetseite des Landkreises nachsehe, dort sei dieser Aspekt bereits enthalten. Dies liege dem Kreis auch am Herzen.

Landrat Schwing bat noch darum, dies außerhalb ebenfalls publik zu machen.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7:

Musterrichtlinien für Seniorenvertretungen im Landkreis Miltenberg

Tischvorlage:
aktuelle Musterrichtlinien

Verwaltungsamtsrat Vill erläuterte:

Seit dem Beschluss zum Seniorenpolitischen Gesamtkonzept im Mai 2010 ist die Zahl der Landkreisgemeinden mit Seniorenbeauftragten bzw. Seniorenvertretung erfreulicherweise von 18 auf 30 angestiegen.

Es war aber auch ein dringender Wunsch aus dem Expertenworkshop, der im Rahmen der Konzeptentwicklung stattfand, dass den Seniorenbeauftragten seitens des Landratsamtes eine offizielle Arbeitsgrundlage in Form von Richtlinien an die Hand gegeben wird. Dieser Wunsch wurde dann als Handlungsempfehlung in das Konzept aufgenommen und nach dessen Beschluss von den Mitgliedern des Seniorennetzwerkes noch einmal als besonders vordringlich hervorgehoben.

In mehreren Treffen erarbeitete im Frühjahr 2011 deshalb eine Arbeitsgruppe derartige Richtlinien. Beteiligt waren dabei neben der Seniorenfachkraft und dem zuständigen Sachgebietsleiter des Landratsamtes 6 Mitglieder des Seniorennetzwerkes, darunter ein Bürgermeister, ein Bürgermeisterstellvertreter und 3 Seniorenbeauftragte sowie der Sachgebietsleiter Kommunalaufsicht.

Inhaltlich treffen die Richtlinien insbesondere Aussagen zu

- den Begrifflichkeiten Seniorenvertretung, Seniorenbeauftragter und Seniorenbeirat,
- Grundsätzen und Zielsetzungen von Seniorenvertretungen,
- Anforderungsprofil und Aufgaben eines Seniorenbeauftragten sowie
- zur Umsetzung der Mitwirkung, z. B. im Hinblick auf Informationsflüsse, Räumlichkeiten oder Aufwendersatz.

Die von der Arbeitsgruppe erstellten Richtlinien wurden sodann dem Kreisverband des Bayer. Gemeindetages zur Kenntnis und etwaigen Stellungnahme zugeleitet und schließlich mit Rundschreiben vom 10.01.2012 den Städten, Märkten und Gemeinden im Landkreis zugesandt.

Die allgemeine Daseinsfürsorge für den Seniorenbereich fällt in den eigenen Wirkungskreis der kreisangehörigen Gemeinden. Die Weitergabe der Musterrichtlinien an die Gemeinden durch das Landratsamt zum Beschluss in eigener Zuständigkeit hat deshalb nur empfehlenden Charakter. Die Formulierungen sind so offen formuliert, dass die Gemeinde die Möglich-

keit hat, abweichende Regelungen zu treffen, Teile zu streichen oder auch nach der individuellen Situation zu ergänzen.
Die aktuellen Musterrichtlinien können als pdf von der Internetseite des Landratsamtes heruntergeladen werden.

Zum Thema „Seniorenbeirat“ ist in der aktuellen Fassung neben allgemeinen Aussagen unter Ziff. 4 lediglich ein Hinweis auf die Empfehlungen der Landessenorenvereinigung Bayern enthalten.

Nachdem inzwischen in mehreren Landkreisgemeinden jetzt schon derartige Beiräte bestehen (Erlenbach, Eisenfeld, Großwallstadt) bzw. auch in anderen Kommunen Überlegungen in diese Richtung bestehen, wurde der Wunsch geäußert, die Musterrichtlinien diesbezüglich noch etwas ausführlicher zu gestalten. Aus diesem Grund hat Ende Mai die Arbeitsgruppe erneut getagt, mit dem Ziel, weitergehende Aussagen zur Thematik „Seniorenbeirat“ unter Ziff. 4 zu formulieren und auf dem gleichen Weg und in gleicher Weise den Kommunen im Landkreis an die Hand zu geben.

Landrat Schwing erklärte, dies sei eine schöne Grundlage und es wäre schön, wenn die Gemeinden sich daran orientieren würden. So würde man eine gewisse Einheitlichkeit erreichen.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, er hoffe darauf, dass bald alle 32 Kommunen einen Seniorenbeauftragten haben, denn dies sei eine Notwendigkeit für Vernetzung und Rückkopplungseffekte. Er wies darauf hin, dass die Landessenorenvertretung Bayern Broschüren zur Hilfestellungen vorhanden sind, die kostenlos zu bestellen oder im Internet herunterzuladen seien.

Auf den Hinweis von Kreisrat Dr. Linduschka zur weiblichen Form der Bezeichnungen und dem Begriff der „Bedarfe“ erklärte Verwaltungsamtsrat Vill, es handele sich bei dem Begriff „Bedarfe“ als Mehrzahl von Bedarf um Rechtssprache im Sozialhilferecht und somit rechtsdeutsch. Weiterhin habe er bereits im Arbeitskreis (der zum größten Teil aus Frauen bestanden habe) die weibliche Form angesprochen, man habe dies für zu kompliziert empfunden. Im Begleitschreiben an die Gemeinden habe man entsprechend darauf hingewiesen, dass dies ungeachtet der gewählten Formulierung gleichermaßen für Frauen und Männer gelte.

Kreisrätin Follner erklärte, sie halte dies für wichtig, insbesondere im Hinblick auf die Definitionen.

Kreisrätin Kreuzer wies auf die Workshops des Landratsamtes hin, die sehr wertvoll seien mit phantastischen Beiträgen. Sie bat darum, diese Veranstaltungen weiterhin durchzuführen und bat um rege Teilnahme. Sie dankte hier auch ausdrücklich Herrn Vill, der den letzten Workshop aufgrund der Erkrankung von Frau Schillikowski geleitet hatte.

Landrat Schwing stimmte ihr zu und antwortete, man habe auch weiterhin vor, diese Veranstaltungen durchzuführen. Allerdings sei die Kollegin nach wie vor unabsehbar ausgefallen. Den Ausfall aufzufangen sei nicht so einfach. Man habe die Workshops aber bewusst gemacht, der Kreis werde immer geladen, aber man könne natürlich niemanden zur Teilnahme zwingen. Vielleicht tragen ihre Äußerungen zu mehr Teilnahmen bei.

An Kreisrat Dr. Fahn richtete er, er habe noch nie so ein erfolgreiches Projekt erlebt wie das Seniorenpolitische Gesamtkonzept. Es sei in allen 32 Gemeinden ein Thema gewesen und mittlerweile habe man 30 Seniorenbeauftragte. Vorher seien es nur 18 gewesen.

Der Ausschuss nahm die Informationen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 8:

Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Mitgliedschaft des Landkreises Miltenberg in der Landesseniorenvertretung Bayern (LSVB) vom 07.05.2012

Landrat Schwing erläuterte die Beschlussvorlage:

Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler beantragte mit Schreiben vom 07.05.2012 die Mitgliedschaft des Landkreises Miltenberg in der Landesseniorenvertretung Bayern (LSVB). Als Begründung führte sie u.a. aus, dass die LSBV die offizielle Dachorganisation der kommunalen Seniorenbeiräte und Seniorenvertretungen in Bayern ist. Gerade im Hinblick auf die Zunahme der Senioren im Landkreis und die Umsetzung unseres Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts sei es wichtig, durch Kommunikation, Vernetzung und Austausch von Erfahrungen, Konzepten und Ideen die Interessen der älteren Mitbürger zu vertreten.

Hierzu wird seitens der Landkreisverwaltung folgendes festgestellt:

Zum einen ist nach ihrer Satzung unter <http://lsvb.info/app/download/5784614346/Satzung+e.V..pdf> die Landesseniorenvertretung Bayern (LSVB) e.V. der freiwillige Zusammenschluss der in den Landkreisen, Städten und Gemeinden gebildeten Seniorenvertretungen sowie die Dachorganisation aller kommunalen Seniorenvertretungen und die Interessenvertretung aller älteren Menschen in Bayern. Nachdem es im Landkreis Miltenberg auf Landkreisebene aber keine Seniorenvertretung gibt, sondern nur in den hiesigen Städten und Gemeinden, wird seitens der Landkreisverwaltung keine zwingende Notwendigkeit gesehen, dass der Landkreis Miltenberg Mitglied der Landesseniorenvertretung wird. Passenderer Adressat für eine eventuelle Mitgliedschaft in der Landesseniorenvertretung wären die Seniorenvertretungen in den Städten und Gemeinden des Landkreises gewesen, welchen in unseren Musterrichtlinien für die Seniorenvertretung / Seniorenbeauftragten unter Ziffer 3.2.3 auch bereits „ggf.“ eine Vernetzung mit der Landesseniorenvertretung empfohlen worden ist.

Bei dem seit dem Jahre 2002 auf Landkreisebene gebildeten Senioren-Netzwerk, welches sich zweimal jährlich trifft und dem Informationsaustausch und der Vernetzung dient, handelt es sich um keine Seniorenvertretung, sondern um ein Forum aus Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Initiativen und Organisationen, die in der Seniorenarbeit aktiv sind. Neuerdings werden zusätzlich noch die Seniorenbeauftragten der Landkreismunicipalitäten eingeladen.

Zum anderen wurden bereits in der Vergangenheit in einem anderen Fall mehrmalige vergleichbare Wünsche und Anregungen an den Landkreis, entsprechenden Vereinigungen bzw. Dachorganisationen beizutreten oder sich daran zu beteiligen, immer wieder abgelehnt. Dabei wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass der Landkreis Miltenberg keine institutionelle, sondern nur eine strukturelle Förderung leistet, und dass es sich dabei um keine Pflichtaufgabe, sondern um eine freiwillige Leistung handelt. Aufgrund dessen wird seitens der Landkreisverwaltung auch davon abgeraten, im vorliegenden Falle von der bisher geübten Praxis der Ablehnung entsprechender Mitgliedschaften des Landkreises abzuweichen und eine Ausnahme zu machen.

Zusammenfassend hält daher die Landkreisverwaltung eine Mitgliedschaft des Landkreises in der Landesseniorenvertretung Bayern (LSVB) weder für zwingend geboten und notwendig noch für ratsam und angeraten und schlägt daher ihre Ablehnung vor.

Kreisrat Dr. Fahn habe mehrfach in der Vergangenheit solche Anträge gestellt und immer wieder um die Überprüfung von eventuell überflüssigen Mitgliedschaften gebeten. Dies sei ein riesiger Aufwand und habe sich finanziell noch nie gelohnt. Nun komme gerade von ihm

ein Antrag auf Mitgliedschaft. Man leiste im Landkreis Miltenberg aber keine institutionelle, sondern nur strukturelle Förderung auf diesem Gebiet. Dies sei keine Pflichtaufgabe, sondern eine freiwillige Leistung.

Er fügte hinzu, in Zukunft werde er solche Anträge gemäß der Geschäftsordnung behandeln, somit also nicht mehr in die Fachausschüsse leiten, sondern der zuständigen Verwaltung innerhalb ihrer Kompetenzen überlassen.

Kreisrat Dr. Fahn dankte Landrat Schwing dafür, den Antrag auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Es sei richtig, dass es einmal den Antrag auf Überprüfung der Mitgliedschaften gegeben habe, dies sei allerdings zuletzt in 2003 der Fall gewesen. Aber dies schließe doch keine neuen Entwicklungen aus. Die Seniorenarbeit im Hinblick auf das Seniorenpolitische Gesamtkonzept sei wichtig und er halte die Mitgliedschaften der Kommunen im LSVB für noch zu gering, dies müsse politisch gestärkt werden. Die LSVB sei nicht parteipolitisch, somit könne man Interesse bündeln und dies verleihe großes Gewicht. Es sei außerdem das offizielle Vertretungsorgan der Seniorenbeiräte in Bayern und habe Kontakt zum Sozialministerium.

Landrat Schwing erklärte, er sehe dies alles gar nicht so negativ, aber wenn seine Mitarbeiter der Meinung seien, dass es nicht notwendig ist, dann sollte man als Politiker dies nicht unbedingt durchsetzen wollen. Es sei auch keine Frage des Geldes.

Auf Rückfrage von Kreisrätin Kreuzer benannte Verwaltungsamtsrat Vill die Höhe des Mitgliedsbeitrages mit 520,- Euro.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales fasste bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich den

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion der Freien Wähler vom 07.05.2012 auf Beitritt des Landkreises Miltenberg zur Landesseniorenvertretung Bayern (LSVB) wird abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 9:

Antrag des Fußballvereins SV Erlenbach 1919 e.V. auf Benutzung des Rasensportplatzes des Hermann-Staudinger-Gymnasiums Erlenbach a.Main

Verwaltungsamtsrat Rüth erläuterte den Sachverhalt:

Der SV Erlenbach baut in der Zeit ab Ende Juli für ca. 8 Wochen einen Kunstrasenplatz auf dem Sportgelände des SV. Der „Eintracht-Platz“ (Rasenplatz am Jugendheim) steht nicht mehr zur Verfügung, da er an den Türk. FV Erlenbach überging. Somit stünde der gesamten Fußballabteilung des SV Erlenbach nur ein Sportplatz (Stadion) für den Trainings- und Spielbetrieb zur Verfügung; dies ist in der Praxis (aufgrund des intensiven Trainingseinsatzes/Vorbereitungszeit) nicht darstellbar, auch da der SV mit seiner Ersten Mannschaft, als am höchsten spielender Fußballverein, aktuell in die Bayerische Landesliga aufgestiegen ist und auch die Junioren in höheren Ligen spielen.

Es gibt einen Grundsatzbeschluss, wonach Vereinen keine Schulsportplätze zum regelmäßigen Training oder Spielbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der besonderen Situation sollte der Antrag des SV Erlenbach genehmigt werden. Im Jahre 2007 wurde dem Türkischen Fußballverein Erlenbach e.V. 1966 auch eine Ausnahme für die Nutzung des Schulsportplatzes für Trainingszwecke gestattet.

Er fügte hinzu, die Sportplätze seien in erster Linie für den Schulsport gebaut. Diese verursachen in der Unterhaltung einen hohen Kostenaufwand. Man sollte daher an der Grundsatzentscheidung nicht rütteln, aber hier handele es sich um einen Notfall.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, er halte den Beschlussvorschlag für gut, bereits im letzten Jahr habe er diesbezüglich ein Schreiben an Landrat Schwing geschickt. Man könne auch Grundsatzbeschlüsse ändern. Der SV Erlenbach stehe ja in einer Notsituation. Er verstehe das Problem der Pflege. Insgesamt müsse man sich in Zukunft überlegen, wie man zusätzliche Sportmöglichkeiten finde, wenn Vereine Bedarf haben. Hier müssten sich alle Beteiligten zusammensetzen. Schließlich sei der Landkreis ein Sportlandkreis.

Landrat Schwing antwortete, Kreisrat Dr. Fahn schaffe ein Problem, was überhaupt nicht vorhanden sei. Es handele sich um Sportplätze, die ausschließlich für den Schulsport gebaut und gefördert worden seien. Je mehr man dies in die Öffentlichkeit bringe, desto größer sei die Gefahr Probleme zu bekommen. Weiterhin gebe es den Unterschied zu den Hallen, die alle durchgehend belegt seien. Bei einem Sportplatz reiche allerdings ein Regen aus, um den Platz für Wochen zu ruinieren, wenn diese Gruppen den Platz trotzdem bespielen. Daher habe man dies bisher nicht anders handhaben können. In 2011 habe er auch keinen Antrag vom SV Erlenbach erhalten. Dem jetzigen Antrag habe man stattgegeben, man könne aber Vereinssportbetrieb nicht auf längere Zeit auf dem Platz belassen, schon gar keine Spiele. Das aktuell Beantragte werde man hier aber machen und auch die Schule könne mit dieser Lösung leben. In einer Notsituation sei man immer bereit zu helfen.

Auf Rückfrage von Kreisrätin Weitz nach der Übernahme von eventuell entstehenden Schäden antwortete Landrat Schwing, sollten Schäden durch Nutzer mutwillig entstehen, müsse dieser auch dafür einstehen. Dies gelte für alle Nutzer, auch für Schüler und Lehrer beispielsweise. Er gehe aber auch davon aus, dass die Vereine über den BLSV entsprechend versichert seien. Er bat Verwaltungsrat Rüth, dies noch einmal abzuklären.

Kreisrat Dr. Linduschka regte an, vor jedem Training je nach Witterungsbedingungen die Platzfreigabe mit dem Hausmeister zu entscheiden.

Landrat Schwing bestätigte dies, dafür müsse der Verein ja einen Verantwortlichen benennen, der sich mit dem Hausmeister abstimmen müsse, welcher den Platz freigebe. Dies sei ja auch im Eigeninteresse des Vereins.

Er fügte an Kreisrat Dr. Fahn hinzu, für den SV Erlenbach sei wie für jeden anderen Sportverein im Landkreis in erster Linie die jeweilige Gemeinde zuständig. Er machte klar, was man als Kreis einem Verein zusage, müsse man auch allen anderen Vereinen im Landkreis zusagen, und dies sei einfach nicht möglich. Daher gebe es diesen Grundsatzbeschluss.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales fasste einstimmig den

Beschluss:

Der SV Erlenbach darf ab 01. August (erster Ferientag) bis 12. September 2012 (letzter Ferientag), jeweils Dienstag und Donnerstag, in der Zeit von 18.30 Uhr bis 20.00 Uhr auf der Gymnasiumsportanlage in Erlenbach kostenlos trainieren, sofern es die Witterungsbedingungen zulassen. Es ist kein Spielbetrieb zulässig, weiterhin werden die Kabinen und Duschen nicht genutzt. Sollte die Sportanlage nicht wieder sauber verlassen werden, ist die Genehmigung hinfällig. Außerdem ist ein Verantwortlicher zu benennen.

Tagesordnungspunkt 10:

Anfragen

Kreisrat Dr. Linduschka wies auf die Verleihung des **Jugendkulturpreises** im Bereich Kunst hin, die am vergangenen Sonntag in Eisenfeld stattgefunden habe. Es sei eine glänzende Angelegenheit gewesen, die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sei hervorragend gewesen. Es seien auch Senioren und Ehrenamtliche in großem Ausmaß beteiligt gewesen. Es handele sich hier um sozial-künstlerische Präventionsarbeit. Bayernweit stehe man fast als Unikat da. Es sei in jeder Hinsicht ein Highlight gewesen. Er habe selten eine solch rundum gelungene Veranstaltung erlebt.

Landrat Schwing stimmte ihm uneingeschränkt zu, die Fortentwicklung des Jugendkulturpreises, der seit über 30 Jahren verliehen werde, habe sich wirklich ausgezahlt. Es sei wirklich eine tolle Veranstaltung mit vollem Saal gewesen. Er sei auch begeistert gewesen, er sei überall angesprochen worden und es sei wirklich eine Sternstunde gewesen. Er gebe das Lob gerne im Haus weiter, es mache schließlich auch eine Menge Arbeit.

Kreisrat Dr. Fahn wies auf den **Wettbewerb „Reife Leistung“** des Sozialministeriums hin und bat darum, dies an die Gemeinden weiterzugeben.

Landrat Schwing bedankte sich, wies aber darauf hin, dass solche Dinge immer weitergegeben werden (landkreisweit), sagte aber auch dazu, dass es immer dieselben Kommunen seien, die sich beteiligen oder eben nicht beteiligen. Oft seien aber auch die Zeiträume sehr kurz oder die Bedingungen für eine Auszeichnung sehr hoch gesetzt.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin